

LANDTAG INTERN

INFORMATIONEN FÜR BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Profis am Steuer Fachkräfte dringend gesucht



Foto: Adobe Stock/Bargais (das Foto wurde mithilfe von KI-generiert)

Viele Waren, wenig Fahrer

- S. 9 [Anhörung: Fachkräftemangel in der Transportbranche](#)
- S.10 [Standpunkte](#)

Inhalt

Plenum

- S. 3 [Exzellente Hochschulen](#)

Aktuelle Stunde zum Forschungsstandort



- S. 4 [Meldungen](#)

- S. 6 [Gesetzgebung](#)

- S. 7 [Sorge um Hausarztpraxen](#)

Westfalen-Lippe Schlusslicht bei der Versorgung

Forum

- S. 8 [An der Seite der Demokratiebewegung](#)

Debatte zur Situation im Iran



- S. 12 [Meister Yoda und die Demokratie: „Wählen gehen du musst“](#)

Gladbecker Initiative mit kreativen Ideen

- S. 14 [Aus den Fraktionen](#)

- S. 16 [80 Jahre Nordrhein-Westfalen – So sehen Kinder ihre Heimat](#)

Präsident zeichnet Siegerklassen aus



- S. 18 [Porträt: Dr. Werner Pfeil \(FDP\)](#)

- S. 19 [Kurz notiert](#)



Foto: MIND AND I – stock.adobe.com

PLENUM

Bonn und Aachen bleiben „Exzellenzuniversitäten“

20. März 2026 – Die Universität Bonn sowie die RWTH Aachen werden weitere sieben Jahre lang als „Exzellenzuniversitäten“ gefördert. Dies zeige, „dass Nordrhein-Westfalen in der deutschen Wissenschaftslandschaft ganz vorne steht“, so die Fraktionen von CDU und Grünen. Sie hatten eine Aktuelle Stunde zum Thema beantragt.

Der Wissenschaftsrat und die Deutsche Forschungsgemeinschaft hatten am 11. März bekanntgegeben, dass beide Hochschulen „ihren Status als Exzellenzuniversitäten erfolgreich verteidigt haben“, heißt es im Antrag der Fraktionen (18/18233). Der Wettbewerb sei noch nicht abgeschlossen: Mit der Universität zu Köln sowie dem Verbund aus Ruhr-Universität Bochum und Technischer Universität Dortmund seien „zwei weitere starke Bewerber aus NRW im Rennen, um ebenfalls Exzellenzuniversität zu werden“.

Die Universität Bonn verfüge über acht sogenannte Exzellenzcluster, sagte **Raphael Tigges** (CDU). Das sei bundesweit Spitze. Im vergangenen Jahr seien 15 Exzellenzcluster nach NRW vergeben worden, mehr als in jedem anderen Bundesland. NRW habe mit „vereinten Kräften eine Wissenschaftslandschaft aufgebaut“, die weit über Deutschland hinaus Anerkennung finde – mit Bonn und Aachen sowie starken Bewerbern aus Köln, Bochum und Dortmund.

„Starkes Signal“

NRW sei ein „exzellenter Wissenschaftsstandort“, sagte **Laura Postma** (Grüne). Wissenschaft sei unerlässlich für die Bewältigung von Krisen – ob es um die Energie- und Verkehrswende, „Quantencomputing“ oder den Klimaschutz gehe. Spitzenforschung sei stets international ausgerichtet und streite für eine „offene Gesellschaft“. Für Unternehmen sei das internationale und kreative Umfeld von Universitäten und Fachhochschulen „hochattraktiv“, um sich in NRW anzusiedeln.

Der 11. März 2026 sei ein guter Tag für den Wissenschaftsstandort Nordrhein-Westfalen gewesen, sagte **Christin Siebel** (SPD). Sie sprach von einem „starken Signal“. Exzellenz sei kein Zufalls-

produkt, sondern entstehe durch harte Arbeit, kluge Strategien, Verlässlichkeit und durch „Menschen, die jeden Tag sehr viel leisten“. Wer die „Leuchttürme“ feiere, dürfe aber auch das „Fundament“ nicht aus dem Blick lassen. Das Land lebe von seiner „gesamten Wissenschaftslandschaft“.

Angela Freimuth (FDP) hob ebenfalls die „großartige Leistung“ der ausgezeichneten Hochschulen hervor. Auch ihre Fraktion zolle „aufrichtige Anerkennung“. Die Förderung müsse Ansporn sein für weitere Anstrengungen. Die ausgezeichneten Konzepte sollten auch an anderen Hochschulen im Land Nachahmer finden. Freimuth forderte konsequente Investitionen in Bildung und Innovation. Hochschulen bräuchten verlässliche und auskömmlich finanzierte Rahmenbedingungen.

Dr. Hartmut Beucker (AfD) kritisierte, der Jubel im vorliegenden Antrag sei lauter, als es zum Anlass passe. Nordrhein-Westfalen sei kein Spitzenstandort für Wissenschaft und Forschung in der Welt und werde es auf absehbare Zeit auch nicht sein. Die Spitzenuniversitäten weltweit seien ganz offensichtlich woanders. „Es besteht überhaupt kein Grund zur Selbstbeweihräucherung.“ Vielmehr wollten die Regierungsfractionen die Tatsachen offensichtlich durch ihren Antrag „vernebeln“.

Wissenschaftsministerin **Ina Brandes** (CDU) betonte, NRW könne stolz sein auf seine Universitäten. Im Exzellenzwettbewerb seien 15 Cluster eingeworben worden, mehr als in jedem anderen Bundesland. Bonn und Aachen hätten ihren Exzellenzstatus verteidigt. Die Landesregierung unterstütze die Hochschulen finanziell und habe eine Projektgruppe im Ministerium eingerichtet. Brandes hob hervor, dass die wissenschaftliche Arbeit, die in den Clustern geleistet werde, von großer gesellschaftlicher Bedeutung sei.

tob, zab, wib

Soziale Medien

18.3.2026 – Gleich drei Plenaranträge thematisierten den Kinder- und Jugendschutz in sozialen Medien. Die SPD-Fraktion ([18/18065](#)) sowie die Fraktionen von CDU und Grünen ([18/18100](#)) plädieren für ein vollständiges Nutzungsverbot für Kinder unter 14 Jahren. Für Jugendliche bis 16 solle nur der Zugang zu Jugendversionen der Plattformen möglich sein. Dafür solle sich die Landesregierung auf Bundes- und EU-Ebene einsetzen. Beide Anträge wurden zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Kultur und Medien (federführend) überwiesen. Die AfD-Fraktion forderte die Landesregierung in ihrem Antrag ([18/18091](#)) unter anderem auf, „bei der Entwicklung und Einführung aller Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen in sozialen Medien eine systematische Grundrechtsprüfung“ vorzunehmen. Der Antrag wurde mit den Stimmen der übrigen Fraktionen abgelehnt.



Foto: Schälte

Verkehrssicherheit

18.3.2026 – CDU und Grüne wollen die Sicherheit im Straßenverkehr erhöhen. Hintergrund sei insbesondere ein Anstieg bei Motorradunfällen, heißt es in einem Antrag ([18/17999](#)). Die Fraktionen weisen auf ein erfolgreiches Pilotprojekt an der L 218 im Kreis Düren hin: „Konkret wurden optische Fahrbahnelemente eingesetzt, um die Aufmerksamkeit und das Fahrverhalten – insbesondere in Kurven – positiv zu beeinflussen.“ Das Projekt habe Vorbildcharakter für vergleichbare Strecken in ganz Nordrhein-Westfalen und solle insbesondere an Unfallschwerpunkten umgesetzt werden. Darauf solle die Landesregierung hinwirken. Der Antrag wurde bei Enthaltung der FDP angenommen.

Energieversorgung

18.3.2026 – Vor dem Hintergrund der infolge des Irankriegs gestiegenen Öl- und Gaspreise plädiert die FDP für die Nutzung heimischer Gasquellen und die Förderung der Fusionsenergie. Die aktuelle Lage verdeutliche, welche Relevanz der Import fossiler Energie für die Wirtschaft habe und „wie verwundbar

und erpressbar wir durch diese Abhängigkeiten weiterhin sind“ ([18/18105](#)). Konsequenzen müssten ein „breit aufgestellter Energiemix und eine konsequente Diversifizierung der Energiequellen ohne ideologisch motivierte Denkverbote“ sein. Konkret fordert die FDP eine Potenzialstudie zu heimischen Gasvorkommen, insbesondere zu Schiefergas und Kohleflözgas. Zudem müsse es eine Gesamtplanung zu Forschung, Entwicklung und industrieller Anwendung der Fusionsenergie im Land geben. Der Antrag wurde mit den Stimmen der anderen Fraktionen abgelehnt.

Strafmündigkeit

19.3.2026 – Die AfD-Fraktion fordert, die Altersgrenze für die Strafmündigkeit abzusenken. Die Landesregierung solle sich über den Bundesrat und die Justizministerkonferenz dafür einsetzen, schreibt die Fraktion in einem Antrag ([18/18095](#)). Aktuell differenziere das Jugendstrafgesetz nur bedingt innerhalb der Altersgruppe der 10- bis 18-Jährigen. Bundesweit sei eine deutliche Zunahme tatverdächtiger Kinder unter 14 Jahren zu verzeichnen. Bei den Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren sei es ähnlich. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Rechtsausschuss (federführend) überwiesen.

ABC-Klassen

19.3.2026 – Die Landesregierung will schulische Vorkurse für eine verpflichtende Förderung der Sprachkompetenz einrichten. Der Gesetzentwurf ([18/18115](#)) wurde erstmals im Landtag beraten und anschließend an den Ausschuss für Schule und Bildung (federführend) überwiesen. In den sogenannten ABC-Klassen sollen Kinder gefördert werden, bei denen bei der Grundschulmeldung festgestellt wurde, dass sie nicht über die für die Mitarbeit im Unterricht erforderlichen deutschen Sprachkenntnisse verfügen. Der Zeitpunkt der Anmeldung und damit der Sprachstandserhebung wird demnach auf das Frühjahr des Kalenderjahres vor der Einschulung vorgezogen. Die schulischen Vorkurse sollen dann in dem Schuljahr stattfinden, das der Aufnahme in die Schule vorausgeht. „Sprachkompetenz ist eine Schlüsselressource

für Bildungserfolg und Grundvoraussetzung für schulisches Lernen. Kinder mit eingeschränkten Deutschkenntnissen starten mit systematischen Nachteilen – vor allem in Lesen, Mathematik und sozialer Teilhabe“, heißt es im Gesetzentwurf. 2024 seien Auffälligkeiten im Bereich Sprachkompetenz bei ca. 33,1 Prozent der Kinder festgestellt worden.

Antidiskriminierung

19.3.2026 – Der Landtag hat über ein „Landesantidiskriminierungsgesetz Nordrhein-Westfalen“ beraten. Im Antidiskriminierungsrecht bestünden „immer noch Schutzlücken, insbesondere im Zusammenhang mit der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben“, heißt es im Gesetzentwurf der Landesregierung ([18/18169](#)). Es fehlten konkrete Regelungen etwa zur „Beteiligung von Verbänden, zur Beweislast, zum Schutz vor Viktimisierung und zur Festlegung von Sanktionen“. Die Landesregierung lege daher einen Entwurf für ein Gesetz vor, das die Lücken schließe. Es etabliere unter anderem eine Antidiskriminierungsstelle des Landes und fördere eine „Kultur der Wertschätzung von Vielfalt“. Gelten soll das Antidiskriminierungsgesetz für Behörden und Einrichtungen des Landes. Der Entwurf wurde zur weiteren Beratung an den federführenden Integrationsausschuss überwiesen.

Petitionsbericht

19.3.2026 – Den Petitionsausschuss des Landtags haben im vergangenen Jahr insgesamt rund 5.400 Eingaben von Bürgerinnen und Bürgern zu den unterschiedlichsten Themen erreicht. Im zweiten Halbjahr wurden rund 2.500 Petitionen entgegengenommen, wie die Ausschussvorsitzende Andrea Busche im Landtag berichtete. Ebenso viele wurden zwischen Juli und Dezember beraten und beschlossen. Mit jeweils rund 23 Prozent waren inhaltliche Schwerpunkte im zweiten Halbjahr Petitionen zu Sozialfragen und zu den Bereichen Bauen/Wohnen/Umwelt/Verkehr. 8 Prozent der erledigten Eingaben betrafen das Ausländerrecht, hier insbesondere das Einbürgerungsrecht. An den Petitionsausschuss können sich Bürgerinnen und Bürger wenden, die sich von

Ämtern oder Behörden ungerecht behandelt fühlen. Mehr Informationen: <https://lt.nrw/Petitionsrecht>

Aktuelle Stunde

20.3.2026 – Der Landtag hat sich in einer Aktuellen Stunde auf Antrag der SPD-Fraktion ([18/18272](#)) mit dem Neubau der Rheinbrücke Leverkusen befasst. Die SPD kritisiert, dass dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss „Brückendesaster und Infrastrukturstau“ bestimmte Unterlagen nur vorlägen, weil diese von Dritten übergeben worden seien. Das Verkehrsministerium dagegen behauptete, es habe dem Ausschuss alle Unterlagen geliefert. Dies sei „nachweislich falsch“. **Alexander Vogt** (SPD) kritisierte, die Ausführungen von Verkehrsminister Oliver Krischer (Grüne) seien eine „einzige Unverschämtheit“. Es gehe um mögliche Schäden von mehreren Hundert Millionen Euro, den Steuerzahlerinnen und -zahler zu tragen hätten. **Dr. Jörg Geerlings** (CDU) erwiderte, der Verkehrsminister habe die ihm im Plenum gestellten Fragen „vollständig, korrekt und erschöpfend“ beantwortet. „Weitere Fragen zu angeblichen Kostenbelastungen des Landes erübrigen sich.“ **Christof Rasche** (FDP) bezeichnete die Aktuelle Stunde als „logische Konsequenz“ der Fragestunde am 18. März 2026 zuvor. Es habe dort „viele berechnete Fragen“ gegeben, aber „keine inhaltlichen Antworten“. Die zentrale Frage bleibe: „Würde das Parlament über alles informiert?“ **Martin Metz** (Grüne) sah das anders und wies die Vorwürfe der Opposition zurück: „Hören Sie bitte auf mit dieser Show.“ Er sprach von verantwortungsvollem Verwaltungshandeln der Landesregierung im Interesse des Staates. Die Fakten seien eindeutig. **Klaus Esser** (AfD) sprach von einer „koordinierten Verantwortungslosigkeit“ im Zusammenhang mit der Sanierung von Brücken und Straßen. Minister Krischer verweise nur auf die Verantwortung des Bundes. So einfach könne er es sich aber nicht machen. Verkehrsminister **Oliver Krischer** (Grüne) sagte, es werde nichts zurückgehalten. Das Parlament und der Untersuchungsausschuss seien „umfassend“ informiert worden. Man könne dem Untersuchungsausschuss aber nichts geben, was dem Ministerium nicht vorliege.



Foto: Schälte

Laufende Gesetzgebung

Reihenfolge: Name des Gesetzes | Drucksache | Antragsteller | ggf. federführender Ausschuss | Beratungsstand

Gesetz zum Bürokratieabbau durch Errichtung eines nordrhein-westfälischen Normenkontrollrats und durch Stärkung der Clearingstelle Mittelstand | [18/18000](#) | FDP | 1. Lesung am 18. März 2026 | Überweisung an den Hauptausschuss

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den „Westdeutschen Rundfunk Köln“, des Landesmediengesetzes Nordrhein-Westfalen und weiterer Gesetze (22. Rundfunkänderungsgesetz) | [18/16499](#), [18/18032](#), [18/18242](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 18. März 2026 | verabschiedet

Siebtes Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes Nordrhein-Westfalen | [18/16518](#), [18/18044](#), [18/18128](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 18. März 2026 | verabschiedet

Gesetz zur Änderung von Vorschriften über die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse und über die weitere Entwicklung der Gesundheitsfachberufe | [18/17985](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 18. März 2026 | Überweisung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Sechstes Gesetz zur Änderung des Landesbetreuungsgesetzes Nordrhein-Westfalen | [18/17986](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 18. März 2026 | Überweisung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Gesetz zur Änderung des Archivgesetzes NRW und des Kulturgesetzbuches | [18/18113](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 18. März 2026 | Überweisung an den Ausschuss für Kultur und Medien

Gesetz zur Einführung schulischer Vorkurse zur Förderung der Sprachkompetenz (18. Schulrechtsänderungsgesetz) | [18/18115](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 19. März 2026 | Überweisung an den Ausschuss für Schule und Bildung

Gesetz zur Vermeidung von Diskriminierung in Nordrhein-Westfalen (Landesantidiskriminierungsgesetz) | [18/18169](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 19. März 2026 | Überweisung an den Integrationsausschuss

Gesetz zur Modernisierung des Brandschutzes, der Hilfeleistung und des Katastrophenschutzes |

[18/18114](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 19. März 2026 | Überweisung an den Innenausschuss

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Studierendenwerke im Land Nordrhein-Westfalen (Studierendenwerkgesetz) | [18/18103](#) | CDU, Grüne | 1. Lesung am 19. März 2026 | Überweisung an den Wissenschaftsausschuss

Gesetz zur Berücksichtigung personenstandsrechtlicher Entwicklungen in den Landesjustizvollzugsgesetzen | [18/16867](#), [18/18129](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 19. März 2026 | verabschiedet

Zehntes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen | [18/17127](#) | Landesregierung | Verkehrsausschuss | in Beratung

Drittes Gesetz zur Änderung des Lehrerausbildungsgesetzes | [18/17126](#) | Landesregierung | Ausschuss für Schule und Bildung | in Beratung

Zweites Gesetz zur Änderung des Landesfischereigesetzes | [18/17413](#) | Landesregierung | Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen und anderer Gesetze | [18/17476](#) | Landesregierung | Verkehrsausschuss | in Beratung

Drittes Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung 2018 und weiterer Vorschriften im Land Nordrhein-Westfalen | [18/17474](#) | Landesregierung | Ausschuss für Bauen, Wohnen und Digitalisierung | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Kinderbildungsgesetzes | [18/17575](#) | Landesregierung | Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern sowie Gemeinden an der Windenergienutzung in Nordrhein-Westfalen (Bürgerenergiegesetz NRW) | [18/16948](#) | Landesregierung | Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie | in Beratung

Gesetz betreffend die Stärkung der Hochschullandschaft (Hochschulstärkungsgesetz) | [18/16798](#) | Landesregierung | Wissenschaftsausschuss | in Beratung

Siebtes Gesetz zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen | [18/15488](#) | FDP | Ausschuss für Heimat und Kommunales | in Beratung

Viertes Gesetz zur Änderung des Ordnungsbehördengesetzes | [18/14524](#) | CDU, Grüne | Innenausschuss | in Beratung

Drittes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Sonn- und Feiertage (Feiertagsgesetz NW) | [18/14024](#) | FDP | Hauptausschuss | in Beratung

Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Ladenöffnungszeiten (Ladenöffnungsgesetz) | [18/13675](#) | FDP | Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie | in Beratung

Gesetz über die Gewährung eines Anwärteronderzuschlags für Laufbahnbewerberinnen und Laufbahnbewerber des feuerwehrtechnischen Dienstes in den Gemeinden und Gemeindeverbänden in Nordrhein-Westfalen | [18/12816](#) | Landesregierung | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen (Artikel 83) | [18/12769](#) | FDP | Hauptausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Ausführungsgesetzes NRW Glücksspielstaatsvertrag | [18/12349](#) | Landesregierung | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zur Einführung digitaler Bürgerbeteiligung | [18/12025](#) | FDP | Hauptausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen | [18/9155](#) | SPD, FDP | Hauptausschuss | in Beratung

Eine Komplett-Übersicht zur aktuellen Gesetzgebung finden Sie unter: <https://lt.nrw/Gesetzgebung>



Sorge um Hausarztpraxen

19. März 2026 – In Nordrhein-Westfalen fehlen Hausärztinnen und Hausärzte. Besonders betroffen sei Westfalen-Lippe, so die SPD-Fraktion. Die Region sei bei der Versorgung bundesweit „Schlusslicht“. Der Landtag hat in einer Aktuellen Stunde über die Situation debattiert.

Mit lediglich 61 Hausärztinnen und Hausärzten pro 100.000 Einwohnerinnen und Einwohnern weise Westfalen-Lippe die schlechteste Versorgungsquote in ganz Deutschland auf, heißt es im Antrag der Fraktion ([18/18232](#)). Sie bezieht sich auf Zahlen aus dem Bundesarztregister sowie der Kassenärztlichen Vereinigungen. Während Städte wie Münster gut versorgt seien, zeige die Gesamtregion ein „hoch problematisches Bild“. Bereits heute seien etwa 40 Prozent der Hausärztinnen und -ärzte in Westfalen-Lippe älter als 60 Jahre. Viele Praxen stünden vor einem Generationswechsel, „häufig ohne Nachfolge“.

Lisa-Kristin Kapteinat (SPD) hob die Bedeutung der hausärztlichen Versorgung hervor. In Westfalen-Lippe fehlten rund 200 Fachkräfte. Dies sei keine gute Nachricht für die Menschen in der Region. Auch bedeute der Mangel an Hausarztpraxen insgesamt mehr Druck auf das Gesundheitssystem, wenn Betroffene beispielsweise auf die Notversorgung oder Kliniken auswichen. Diese Situation dürfe die Landesregierung nicht zufriedenstellen. Sie müsse dem „Praxissterben“ einen Riegel vorschieben.

Marco Schmitz (CDU) kritisierte, auch in der SPD-Regierungszeit sei die strukturelle Schwäche der hausärztlichen Versorgung in Westfalen-Lippe bekannt gewesen und nichts sei geschehen.

Foto: Schälte



Die CDU-geführte Regierung haben hingegen eine Reformpolitik umgesetzt. So sei an der Universität Bielefeld eine Medizinische Fakultät gegründet worden. Nordrhein-Westfalen sei auch „Pionier“ bei der Landarztquote gewesen. „Das ist Gesundheitspolitik, die Schule macht.“

Die Probleme wären nicht so groß, wenn man sie konsequent angehe, sagte **Susanne Schneider** (FDP): Wenn nur 3 Prozent der Nachwuchsärztinnen und -ärzte in strukturschwachen Regionen arbeiteten, könnte eine Unterversorgung verhindert werden. Sie forderte mehr Unterstützung bei Praxisgründungen und -übernahmen. Wichtig sei zudem ein konsequenter Bürokratieabbau. Viele Hausärztinnen und Hausärzte klagten über eine „Flut an Formularen, unsinnige Berichtspflichten und tägliche Technikpannen“.

„Modelle mit Teamarbeit“

Der Antrag der SPD-Fraktion erwecke den Eindruck, Westfalen-Lippe sei in der hausärztlichen Versorgung abgehängt, sagte **Meral Thoms** (Grüne). Diese „undifferenzierte Erzählung“ sei aber falsch und schüre unnötige Ängste. „Die klassische Arbeit in der Hausarztpraxis als Einzelkämpferin, als Einzelkämpfer ist für junge Ärztinnen und Ärzte nicht mehr attraktiv“, sagte Thoms. Gefragt seien vielmehr Modelle mit mehr Teamarbeit sowie eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Die „dramatische Lage“ der ärztlichen Versorgung lasse sich nicht schönreden, kritisierte **Dr. Martin Vincenz**, Vorsitzender der AfD-Fraktion. Das Problem weise weit über die Region hinaus. Es gebe zu wenig Medizin-Studienplätze. Der Ausbildungsmangel werde sich in den nächsten Jahren „massiv verschlechtern“. Es brauche ein anderes System der Budgetierung für Hausarztpraxen. Zudem benötigten Ärztinnen und Ärzte mehr Zeit für Patientinnen und Patienten.

Die Landesregierung habe sehr viel dafür getan, um die ärztliche Versorgung in ländlichen Regionen zu verbessern, sagte Gesundheitsminister **Karl-Josef Laumann** (CDU). Dazu zähle die Einführung einer Landarztquote, mit der sich Ärztinnen und Ärzte in Ausbildung verpflichteten, in unterversorgten Regionen zu arbeiten. Die Landesregierung habe zudem massiv in die Einrichtung einer Medizinischen Fakultät in Bielefeld investiert. Und sie setze sich bundesweit intensiv für Strukturreformen im Gesundheitswesen ein.

wib, zab, tob

An der Seite der Demokratiebewegung

18. März 2026 – Seit Ende Februar tobt ein neuer Krieg im Nahen Osten. Die Zukunft des autokratischen Regimes im Iran und damit der Zivilgesellschaft ist ungewiss. Vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklung hat sich der Landtag solidarisch an die Seite der Demokratiebewegung in dem Land gestellt.



Der Landtag verabschiedete bei Enthaltung der AfD einen gemeinsamen Antrag (18/18088) von CDU, SPD, Grünen und FDP. Darin verweisen die Fraktionen auf die jüngsten Massenproteste gegen das Mullah-Regime. Dabei seien nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen mehr als 30.000 Menschen getötet worden. „Vor diesem Hintergrund verurteilen die demokratischen Fraktionen des Landtages von Nordrhein-Westfalen die vom iranischen Regime ausgehende Gewalt gegen die eigene, friedlich demonstrierende Zivilbevölkerung mit aller Schärfe und stellen sich uneingeschränkt an die Seite der Zivilbevölkerung im Iran und an die Seite unserer iranischen Mitmenschen hier in Nordrhein-Westfalen, die für eine demokratische Zukunft des Iran eintreten.“

CDU-Fraktionschef **Thorsten Schick** sagte, die Solidarität gelte den mutigen Freiheitskämpferinnen und -kämpfern im Iran und den vielen Menschen, die für ein Ende der Schreckensherrschaft des Mullah-Regimes demonstrierten. Dieses Regime unterdrücke das Volk, richte Menschen brutal hin und überziehe eine ganze Region mit Terror. Schick betonte, er hoffe, dass der Krieg schnell ende, Frieden in der Region einkehre und die Iranerinnen und Iraner selbstbestimmt über ihr Leben entscheiden könnten.

Josef Neumann (SPD) betonte, die Menschen im Iran täten nichts anderes, als ihre „grundlegenden Rechte“ einzufordern – „Freiheit und Selbstbestimmung für ihr Leben und ihr Land“. Der Landtag könne mit einem Beschluss nicht das Leiden im Iran beenden. Aber man könne dafür sorgen, dass Iranerinnen und Iraner sicher in Nordrhein-Westfalen leben und dass sie in Sicherheit für die Rechte der Menschen im Iran demonstrieren könnten. „Das ist der große Unterschied zu einem Unrechtssystem, das aktuell im Iran existiert.“

Der Antrag formuliere eine „klare menschenrechtliche Haltung unseres Landes Nordrhein-Westfalen“, sagte **Berivan Aymaz** (Grüne). Die Lage im Iran habe sich in den vergangenen Wochen dramatisch zugespitzt. Das Leiden habe jedoch nicht mit der ak-

tuellen Eskalation begonnen: „Die Menschen dort kämpfen seit Jahrzehnten für ein Leben in Freiheit, selbstbestimmt und in Würde.“ Sie hofften auf ein „Ende dieses mörderischen Regimes“, das die eigene Bevölkerung massakriere.

Die Lage im Nahen und Mittleren Osten habe eine „ohnehin fragile Region weiter destabilisiert“, sagte **Dr. Werner Pfeil** (FDP). Die Menschen hätten Angst vor dem Krieg, aber auch die Hoffnung, dass das Regime „scheitern wird“. Dafür brauche es Hilfe von außen. Deshalb sei es wichtig, dass der Landtag ein klares Signal setze: „Wir stehen an der Seite der demokratischen Zivilgesellschaft im Iran und an der Seite unserer iranischen Mitbürgerinnen und Mitbürger hier in Nordrhein-Westfalen.“

Brutales Terrorregime

Deutschland sollte in den Krieg im Iran nicht verwickelt werden, da dies nicht den deutschen Interessen entspreche, sagte **Sven Tritschler** (AfD). Iranerinnen und Iraner in NRW hätten Angst vor Aktivitäten iranischer Geheimdienste. Die Landesregierung tue zu wenig für deren Schutz. Klar sei, dass es keine weitere Migration nach Deutschland und Europa geben dürfe. Zudem müsse dafür gesorgt werden, dass die „hohe Steuerbelastung für Treibstoffpreise“ mindestens teilweise ausgesetzt werde.

Im Iran herrsche seit Jahrzehnten ein brutales Terrorregime, das Krieg gegen das eigene Volk und gegen seine Nachbarn führe, sagte Ministerpräsident **Hendrik Wüst** (CDU). „Unsere Solidarität gilt allen, die den iranischen Attacken, die der brutalen Gewalt des iranischen Terrorregimes ausgesetzt sind.“ Die Eskalationen im Nahen Osten hätten Auswirkungen auch auf die Weltwirtschaft. Es sei kritisch zu hinterfragen, „ob die großen Preissprünge beim Sprit in dem Ausmaß wirklich gerechtfertigt sind“.

Ein Entschließungsantrag der AfD-Fraktion (18/18252) wurde abgelehnt. *wib, zab, tob*

Viele Waren, wenig Fahrer

11. März 2026 – Lkw-Fahrerinnen und -fahrer sind derzeit gefragt wie selten, denn es gibt immer weniger von ihnen. Schätzungen der Branche gehen von bundesweit rund 80.000 unbesetzten Stellen aus. Viele Fahrerinnen und Fahrer gehen in Rente, während kaum Nachwuchs nachkommt. Was gegen den Fachkräftemangel in der Logistikbranche getan werden kann, dazu haben sich Sachverständige im Verkehrsausschuss geäußert. Grundlage war ein Antrag der Fraktionen von CDU und Grünen.

Berufskraftfahrerinnen und Berufskraftfahrer leisteten einen „essenziellen Beitrag zur Sicherstellung von Warenströmen, zur Versorgung der Bevölkerung und zur Funktionalität der Wirtschaft“, schreiben die Fraktionen in ihrem Antrag (18/15578). Bundesweit arbeiteten rund 480.000 Menschen in dem Beruf, jedoch fehlten rund 80.000 Fachkräfte.

Die Landesregierung solle im Bund auf eine Verkürzung der Ausbildungszeit hinwirken. Hürden zur Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland müssten abgebaut und Arbeitsbedingungen verbessert werden. Rastanlagen für Lkw-Fahrerinnen und Fahrer benötigten unter anderem saubere Sanitäranlagen, Wasserzapfstellen, WLAN und eine Videoüberwachung, um die Sicherheit zu erhöhen.

„Demografische Schiefelage“

Der Antrag sei zu unterstützen, schreibt der Verband Spedition und Logistik NRW in seiner Stellungnahme. Die Aus- und Weiterbildung von Berufskraftfahrerinnen und -fahrern müsse vereinfacht werden. Dies dürfe aber nicht zulasten von Qualitätsstandards gehen. Verbesserungen bei Stellplätzen, Sanitäranlagen und der Sicherheit seien nötig, auch um Lenk- und Ruhezeiten einhalten zu können.

Der Mangel an Fachkräften sei „Ausdruck einer strukturellen, insbesondere demografischen Schiefelage“, schreibt der Verband Verkehrswirtschaft und Logistik NRW. Aktuelle Umfragen zeigten, dass rund 45 Prozent der Fahrerinnen und Fahrer in Deutschland über 55 Jahre alt seien. Jahrzehntlang habe die Bundeswehr Fachkräfte ausgebildet und sie sei „faktisch eine Fahrschule der Nation“ gewesen. Mit dem Aussetzen der Wehrpflicht sei dies entfallen.

„Sozialdumping gerade in Verbindung mit mittel- und osteuropäischen Anbietern“ sowie mangelnde gesellschaftliche Anerkennung des Berufs seien weitere Gründe für den Fachkräftemangel. Defizite der Infrastruktur zeigten sich darin, dass in Nordrhein-Westfalen rund 8.000 Stellplätze auf Rastplätzen fehlten.

Ausgebildete Fahrerinnen und Fahrer verblieben häufig nur kurz im Beruf, legen die Industrie- und Handelskammern in Nordrhein-Westfalen (IHK NRW) in ihrer Stellungnahme dar. Die Bundesagentur für Arbeit fördere Qualifizierungsmaßnahmen. Kurzfristig sei dem Fachkräftemangel aber nur durch einen leichteren Quereinstieg entgegenzuwirken. Zudem müssten Verfahren zur Anerkennung sowie Arbeitsgenehmigungen ausländischer Fachkräfte „vereinfacht, beschleunigt und praxistauglicher“ werden.

Als zuständige Prüfungsbehörde habe die IHK bereits „erhebliche Vereinfachungen“ umgesetzt, um Personen aus dem Ausland zu qualifizieren – etwa durch die Umstellung von Prüfungsfragen in einfache Sprache und die Veröffentlichung eines vollständigen Fragenkatalogs. Die Quote bestandener Prüfungen liege seitdem bei rund 98 Prozent.

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) begrüßt die Intention des Antrags der Fraktionen. Arbeitsbedingungen in der Branche müssten verbessert werden. Bisher sei der Fachkräftemangel durch Personal aus dem Ausland ausgeglichen worden. Dadurch verschiebe sich das Problem aber „weiter in Richtung Osteuropa“. Polen beklage aktuell einen Mangel von rund 124.000 Fachkräften.



Foto: Adobe Stock/Bargais
(das Foto wurde mithilfe von KI-generiert)

Die Anwerbung von Fahrerinnen und Fahrern aus dem Ausland sei nur unter folgenden Bedingungen zu unterstützen: Es müssten gleiche Löhne, Bedingungen und Tarifverträge wie für deutsche Fahrerinnen und Fahrer gelten. Subunternehmerketten müssten verhindert werden. Nötig seien zudem strukturelle Verbesserungen in Deutschland statt des „Imports“ billiger Arbeitskraft. Eine Anwerbung „als reine Billiglohnstrategie“ sei abzulehnen.

Der Mangel an Fahrerinnen und Fahrern sei „nicht primär ein Ausbildungsproblem, sondern vor allem eine Folge struktureller Rahmenbedingungen im Beruf“, führen die Fahrlehrerverbände Nordrhein und Westfalen in ihrer Stellungnahme aus. Besonders problematisch seien „lange Bearbeitungs- und Terminwartezeiten der Fahrerlaubnisbehörden“, die beschleunigt werden müssten.

Digitale Suche nach Raststätten

Digitale und telematische Systeme zur Erfassung und Information über verfügbare Lkw-Stellplätze könnten die Situation für Fahrerinnen und Fahrer zudem verbessern, schreibt die Niederlassung Rheinland der Autobahn GmbH. Ziel sei, Fahrerinnen und Fahrern möglichst frühzeitig Informationen über freie Stellplätze zur Verfügung zu stellen, um „unnötigen Parksuchverkehr zu vermeiden und vorhandene Kapazitäten effizienter zu nutzen“.

Für Durchreisende, Urlauber oder Pendler seien Rastplätze Orte der kurzfristigen Erholung, legt die Spedition Munsberg GmbH in ihrer Stellungnahme dar. Für Berufskraftfahrerinnen und -fahrer würden sie dagegen oft zum „temporären Lebensraum“. Umso mehr müssten die Kapazität, Qualität und Ausstattung von Rastplätzen dieser Anforderung gerecht werden.

tob

Eine Übersicht zu allen Stellungnahmen finden Sie [hier](#):



Standpunkte

Beiträge in alleiniger Verantwortung der Fraktionen

Berufskraftfahrer/-innen ...



Oliver Krauß
(CDU)



... leisten einen unverzichtbaren Beitrag für Wirtschaft und Gesellschaft. Ohne sie bleiben Regale leer und Menschen an Haltestellen stehen. Sie verdienen daher unseren Respekt und erheblich mehr Wertschätzung.



Gordan Dudas
(SPD)



... haben unseren Respekt verdient. Sie sorgen dafür, dass Waren und Rohstoffe an ihren Bestimmungsort kommen und stellen damit unsere Versorgung sicher. Gleichermaßen sind sie im Personennahverkehr unverzichtbar. Sie alle müssen deutlich mehr Wertschätzung erhalten, erleben aber heute im Berufsalltag viel zu oft das genaue Gegenteil.



Martin Metz
(Grüne)



... sind unverzichtbar. Ohne sie fährt kein Bus, der Supermarkt bleibt leer und Unternehmen können nicht produzieren. Sie verdienen unseren Respekt. Genauso wichtig sind bessere Arbeitsbedingungen, um das Berufsfeld attraktiver zu machen.



Christof Rasche
(FDP)



... ärgern sich täglich über die Rekordstaus in Nordrhein-Westfalen. Die Landesregierung darf den Verkehrsträger Straße nicht länger vernachlässigen.



Klaus Esser
(AfD)



... machen unseren wirtschaftlichen Erfolg möglich. Sie liefern Waren unter Termindruck von Produktionsstandorten zu Händlerfilialen und sorgen jeden Tag für pünktliche Lieferungen in der durch Internethandel wachsenden Logistik. Ein anhaltender Strukturwandel in Innenstädten fördert diese Entwicklung; die Berufsaussichten für Kraftfahrer sind optimal – es fehlen Zehntausende.

Fachkräftemangel in der Logistikbranche

Beiträge in alleiniger Verantwortung der Fraktionen

Die Arbeitsbedingungen ...

... für Berufskraftfahrerinnen und Berufskraftfahrer müssen deutlich attraktiver werden. Es braucht insbesondere mehr – und bessere – Rastanlagen sowie klare Regeln an den Verladerrampen.

... sind für Berufskraftfahrerinnen und Berufskraftfahrer oft nicht gut. Der hohe Termindruck, die Situation beim Kunden als auch die Ruhemöglichkeiten an Rastplätzen sind zu oft von Mangelverwaltung geprägt. Darüber hinaus sind zu wenige Stellplätze, oft schlechte hygienische Bedingungen und Lohndumping drängen die Probleme.

... sind grundsätzlich hart, zum Beispiel beim Schichtdienst im Nahverkehr. Vor allem Lkw-Fahrer und -Fahrerinnen arbeiten häufig unter belastenden Bedingungen. Wir setzen uns daher für gute Löhne, einen besseren Arbeitsschutz sowie qualitativ hochwertige Rastanlagen ein. Zudem braucht es mehr Kontrollen für fairen Wettbewerb innerhalb Europas.

... leiden unter dem Mangel an geeigneten Parkplätzen und dem Zustand der Rastanlagen. Es bedarf eines landesweiten Konzeptes zur Bereitstellung ausreichender Parkflächen und damit der Entlastung der Innenstädte.

... sind belastend. Schicht- und Nachtarbeit gehören zum Berufsbild, hinzu kommen Termindruck und gerade in NRW ein dicht getakteter Verkehr, bröckelnde Infrastruktur und viele Staus. Das erfordert höchste Konzentration. Sicherheit hat für uns allerhöchste Priorität, das gilt insbesondere für Kraftfahrer in der Personenbeförderung. Arbeitsbedingungen und Bezahlung müssen stimmen, damit der Beruf attraktiv bleibt.

Die Ausbildung ...

... wird in Deutschland sehr professionell durchgeführt. Die hohe Qualität der Ausbildung muss erhalten bleiben. Damit mehr Menschen für den Beruf qualifiziert werden, müssen jedoch Fahrausbildung und Berufskraftfahrerqualifikation stärker verzahnt werden. Außerdem sollten die Möglichkeiten für verlässliche Prüfungen in Fremdsprachen erhöht werden.

... ist die Grundlage eines qualifizierten Berufs, der immer mehr Anforderungen an die Berufskraftfahrerinnen und Berufskraftfahrer mit sich bringt. Positiv ist, dass die Bestehensquoten bei den Prüfungen sehr hoch sind. Allerdings müssen beispielsweise Doppelstrukturen aufgrund der Trennung von Fahrerlaubnis und Grundqualifikation hinterfragt werden.

... ist nicht einfach, denn Berufskraftfahrer tragen viel Verantwortung. Aber die Hürde zum Berufseinstieg darf auch nicht zu groß sein. Deshalb setzen wir auf eine kluge Verzahnung von Fahrausbildung und Grundqualifikation, ohne Standards abzusenken. Auch die Digitalisierung bietet hier große Potenziale für schnellere und kostengünstige Verfahren.

... kann verbessert werden, indem man bürokratische Doppelstrukturen abbaut.

... wird anspruchsvoller. Wie überall unterliegt die Transportbranche immer mehr Gesetzen und Regulierungen, die wir kritisieren. In Fahrzeugen wird zunehmend neue Technologie verbaut, mit der sich Berufskraftfahrer vertraut machen müssen. Zudem beobachten wir analog zu privaten Führerscheinen auch bei Berufskraftfahrern einen stetigen Anstieg von Ausbildungskosten. Hier müssen wir nachhaltig gegensteuern.

Fachkräfte aus dem Ausland ...

... müssen gewonnen werden, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Dafür brauchen wir weniger Hürden bei der Anerkennung von Führerscheinen – ohne Abstriche bei der Verkehrssicherheit. Wichtig ist, dass ausländische Fahrer zu fairen Löhnen und unter Einhaltung deutscher Sozialstandards arbeiten. So stärken wir die Wettbewerbsfähigkeit der Branche und fördern eine erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt.

... sind unverzichtbar, da in Nordrhein-Westfalen schon heute ein großer Mangel herrscht, der sich mit der anstehenden Ruhestandswelle in den kommenden Jahren verstärken könnte. Allerdings müssen dabei Standards eingehalten und Lohndumping verhindert werden. Es ist wichtig, den Beruf durch verbesserte Arbeitsbedingungen und Wertschätzung aufzuwerten.

... sind schon heute unersetzbar, das wird sich noch verstärken. Wir sehen in der Anwerbung ausländischer Fachkräfte, bei unverrückbaren qualitativen Anforderungen, eine wichtige Säule zur Lösung des Personalmangels. Es ist besser, ausländische Fachkräfte arbeiten für deutsche Unternehmen nach den entsprechenden Regeln, als dass sie, oft zu schlechteren Konditionen, für ausländische Konkurrenzunternehmen in Deutschland fahren.

... sind notwendig, um den Fachkräftemangel zu beseitigen. Die von Schwarz-Grün geforderten Prüfungen in Fremdsprachen sind laut Sachverständigen dabei überflüssig.

... haben gute Chancen auf einen sicheren Arbeitsplatz in der Transportbranche. Unsere Priorität muss aber darauf liegen, mehr inländische Bewerber für diesen wichtigen Beruf zu begeistern. Vor dem Hintergrund hoher Arbeitslosenzahlen sehen wir diesbezüglich ein erhebliches ungenutztes Potenzial.

Meister Yoda und die Demokratie: „Wählen gehen du musst“

Februar 2026 – Yoda gilt als einer der weisesten Jedi aller Zeiten, er wurde 900 Jahre alt. Zu seinen bekanntesten Schülern gehörte Luke Skywalker, und ganz nebenbei war Yoda ein Meister im Umgang mit dem Lichtschwert. Wer sich im Kino auskennt, weiß: Wir befinden uns im „Star Wars“-Universum. Und von dort ist es bis Gladbeck nicht weit.



Gründungsmitglieder der Initiative (v.l.): Norbert Dyhringer, Michael Dahmen und Rainer Weichelt

Gladbeck, nördliches Ruhrgebiet. Gut 75.000 Menschen leben in der Stadt. Einer von ihnen ist Norbert Dyhringer (69) – von Haus aus Lehrer, kommunal- und sozialpolitisch engagiert. Mit den Jahren habe sich, wie in vielen anderen Städten auch, etwas verändert, sagt er: „Wir erleben vor Ort, dass Demokratie nicht vom Himmel gefallen ist, dass man für sie streiten muss.“ Dass Demokratie ein Gerüst sei, das auch einstürzen könne. Arbeitslosigkeit spiele eine Rolle, auch das Thema „Zuwanderung“.

Der 69-Jährige stand mit seiner Ansicht nicht allein. Politiker anderer im Rat der Stadt vertretenen Parteien, aber auch Mitarbeitende der Verwaltung, teilten seine Sorgen.

„Agieren statt reagieren“

Sie wollten etwas tun. Nicht reagieren, sondern agieren. Einen Verein wollten sie nicht gründen – stattdessen eine überparteiliche, möglichst breit aufgestellte und in der Stadtgesellschaft fest verankerte Initiative. Ihr Name: „ProDemokratie – du für Gladbeck“. Gründungsmitglieder waren neben Dyhringer Michael Dahmen, Michael Tack und Rainer Weichelt. Bei allen Themen, die man aufgreife, bleibe Parteipolitik daher außen vor, betont Dyhringer, der auch Sprecher der Initiative ist.

2024 war es dann so weit – die Gruppe stellte sich der Öffentlichkeit vor. Mittlerweile seien Schulen und Kirchen im Boot, Wirtschaft und Gewerkschaften, Privatleute. Der E-Mail-Verteiler umfasse 40 Gruppen und Einzelpersonen. Man trete ein „für ein



Die Mitglieder von „ProDemokratie“ treffen sich regelmäßig zum Austausch

demokratisches, friedliches, offenes und solidarisches Gladbeck, in dem Hass und Hetze, Ausgrenzung und Diskriminierung sowie völkisch-nationales Gedankengut keinen Platz haben“, heißt es auf der „ProDemokratie“-Homepage. Durch alle gesellschaftlichen Bereiche, im Schulterschluss von Bürgerinnen und Bürgern,

Stadtgesellschaft, Wirtschaft und Politik stünden die Mitglieder für ein demokratisches Miteinander. Das unterstreichen sie unter anderem mit Infoständen auf Stadtfesten und bei Kundgebungen.

Bei der Frage, was man selbst für die Demokratie tun könne, herrsche oft Ratlosigkeit, sagt Dyhringer. Die Initiative wolle Anregungen geben, die Mitglieder vernetzen. Das geschehe zum Beispiel bei den monatlichen Stammtischen im „Kreativamt“ am Jovypplatz, dem früheren Finanzamt mitten in der Stadt. Die Gruppe produziert zudem Podcasts – also Audiodateien, die auf den Internetseiten der Beteiligten abrufbar sein werden. „Da reden Menschen ganz authentisch über ihre Situation in Gladbeck“, berichtet Dyhringer. Oder über das Thema „Wehrdienst“. Oder über Medien und die Frage, welchen Informationen man trauen könne. Oder über Rücksichtnahme.

Zunächst irritiert

Zurück zu Yoda, dem weisesten Jedi aller Zeiten. Ihn spannten die Frauen und Männer von „ProDemokratie“ unter anderem vor der Bundestagswahl am 23. Februar 2025 ein. „Die Wahlbeteiligung war in den Jahren zuvor rückläufig“, sagt Dyhringer, „wir wollten mehr Menschen bewegen zu wählen.“ Und ihnen nahelegen, dass man im Wahlrecht gewissermaßen auch eine Pflicht sehen könne. Witzig sollte die Wahlwerbung sein. Vor allem aber sollte sie verstanden werden. Die Initiative verteilte schließlich Postkarten, auf denen Yoda die Menschen aufforderte: „Wählen gehen du musst!“ Der Satz habe ihn als gelernten Deutschlehrer zunächst irritiert, gesteht Dyhringer. Aber dann habe es doch „Klick“ gemacht. Der gewagte Satzbau sei eben typisch für den Jedi-Meister. *zab*



Podcast-Aufnahme im Studio

Fotos: Peter Braczko

Wer weitere Projekte kennt, in denen sich Bürgerinnen und Bürger unabhängig und ehrenamtlich vor Ort für die Demokratie einsetzen: Die Redaktion von Landtag Intern freut sich über Hinweise an landtag-intern@landtag.nrw.de. Mit einer Kontaktaufnahme zur Redaktion von Landtag Intern erklären Sie sich mit einer Verarbeitung Ihrer Daten einverstanden (Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO). Ihre Daten werden vertraulich behandelt und nicht an Dritte weitergegeben. Weitere Informationen zur Datenverarbeitung und zu Ihren Rechten finden Sie hier: www.landtag.nrw.de/home/footer/datenschutz.html.



AUS DEN FRAKTIONEN

Olympische Spiele: Riesenchance für Städte, Regionen und den Sport

Nordrhein-Westfalen ist Sportland Nr. 1 – eine Region, in der Sport begeistert, verbindet und Millionen Menschen zusammenbringt. Olympische und Paralympische Spiele in NRW könnten genau das sichtbar machen: kompakt, nachhaltig und vor einer Kulisse, die mit spektakulären Zuschauerzahlen weltweit neue Maßstäbe setzen würde. Im RheinEnergieStadion Köln hat die CDU-Fraktion mit Experten und Athleten darüber debattiert, wie die Gesellschaft langfristig von einem sportlichen Großereignis profitieren kann und wie bestmögliche Bedingungen für die besten Sportler der Welt geschaffen werden können.



Foto: CDU-Landtagsfraktion NRW/Ralph Sondermann

Für den Fraktionsvorsitzenden Thorsten Schick ist klar: „NRW steht hinter der Bewerbung um Olympische und Paralympische Spiele. Dieser Abend zeigt, wie viel Begeisterung und Zusammenhalt entstehen können, wenn wir ein solches Ereignis in unsere Region holen.“

Beeindruckende Einblicke gaben gleich mehrere Top-Athleten auf dem Podium: Sonja Greinacher (Foto), Olympiasiegerin von Paris 2024 mit der deutschen 3x3-Damen-Basketballnationalmannschaft, machte deutlich, wie groß die Chance für den Sport insgesamt sein kann: „Eine Olympiabewerbung bietet die Möglichkeit, Trainingsbedingungen zu verbessern

und dem Sport insgesamt mehr Aufmerksamkeit zu geben.“

Für den paralympischen Bahnradsportler Thomas Ulbricht steht die Leidenschaft im Mittelpunkt: „Diesen Sport macht man nicht wegen des Geldes. Es geht darum, seine Grenzen kennenzulernen.“

Timo Wess, Doppel-Olympiasieger im Hockey, erinnerte an die besondere Magie der Spiele: „Diese Momente erlebt man sonst nirgendwo. Wenn Deutschland Olympische Spiele ausrichten würde, wäre das eine enorme Chance – für die Städte, die Regionen und den Sport insgesamt.“



Wo läuft der Alltag nicht rund? SPD-Landtagsfraktion lädt zum Dialog



Jochen Ott, Vorsitzender der SPD-Fraktion, beim Auftakt von „Fraktion auf Achse“ in Düsseldorf.

Wo erleben Sie aktuell die größten Probleme in der Kinderbetreuung – und was müsste sich konkret ändern, damit der Alltag rund läuft? Mit dieser und weiteren Fragen rund um die Themen Kita, Schule, Wohnen, Arbeit

und Pflege ist die SPD-Fraktion im Landtag NRW derzeit „auf Achse“: Wir wollen mit den Menschen in NRW ins Gespräch kommen. Dafür sind wir bis Oktober im Land unterwegs – von Detmold über Herne bis Köln.

Der Auftakt unserer Dialogtour fand Mitte März in Düsseldorf statt. Unweit des Landtags beleuchteten wir die geplante Reform des Kinderbildungsgesetzes und kamen mit Passantinnen und Passanten ins Gespräch. Nicht nur die Familienpolitik der Landesregierung, auch andere Themen standen im Fokus der Gespräche.

Um möglichst viele Perspektiven einzubeziehen, führen wir den Dialog nicht nur vor Ort, sondern auch digital weiter: Auf family-first.nrw können Sie uns jederzeit Ihre Erfahrungen, Ideen oder Hinweise mitteilen. Denn niemand weiß besser als Sie, was in NRW schief läuft – und was sich ändern muss.



Neuer Fraktionsvorstand stellt Weichen für die kommenden Monate

Mit neuer Doppelspitze in den Endspurt der Legislaturperiode: Wir haben als Grüne Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen unseren Fraktionsvorstand neu aufgestellt. Seit Anfang Februar führt Mehrdad Mostofizadeh die Fraktion gemeinsam mit Wibke Brems. Der

56-jährige Essener wurde mit 97,3 Prozent der Stimmen gewählt und bringt langjährige parlamentarische Erfahrung mit. Die bisher von ihm ausgeübte Parlamentarische Geschäftsführung übernimmt künftig Jule Wenzel. Die 35-Jährige wurde mit 86,5 Prozent der Stimmen

vorsitz abgegeben hat. Sie gehörte dem Grünen Fraktionsvorstand seit 2012 in unterschiedlichen Rollen an.

„Mit dem neuen Team im Fraktionsvorstand und einer hoch motivierten Fraktion haben wir die besten Voraussetzungen, unsere vielen Erfolge in der ersten schwarz-grünen Landesregierung sichtbar zu machen und weitere wichtige Projekte umzusetzen“, resümiert Wibke Brems, die seit 2022 an der Spitze der Fraktion steht. Ihr neuer Co-Vorsitzender Mehrdad Mostofizadeh ergänzt: „Wir haben als größte Grüne Landtagsfraktion viel erreicht und wir haben noch viel vor.“



Der neue Vorstand der Grünen Landtagsfraktion

neu in den Fraktionsvorstand gewählt und wird die sozialen Themen weiter stärken. Gemeinsam mit den stellvertretenden Vorsitzenden bildet das Team eine breit aufgestellte und engagierte Fraktions Spitze.

Die Neubesetzung wurde notwendig, weil Verena Schäffer zur Ministerin für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration ernannt wurde und den Fraktions-



Liberaler Talk: Beste Sprachbildung für jedes Kind

Sprachkompetenz ist das Fundament für Chancengerechtigkeit, Integration und ein selbstbestimmtes Leben: Das machten die Expertinnen und Experten beim Liberalen Talk der FDP-Landtagsfraktion NRW deutlich. Prof. Dr. Frederick de Moll (Universität Bielefeld), Daniela Heimann (Landeselternbeirat der Kindertageseinrichtungen in NRW) und Oliver Just (Fröbel Bildung und Erziehung) diskutierten mit FDP-Fraktionschef Henning Höne, wie frühe Sprachbildung gelingen kann.

Höne betonte: „Sprache ist der Schlüssel zum Bildungserfolg. Bildung ist die Voraussetzung für

ein freies, selbstbestimmtes Leben.“ Aktuelle Zahlen zeigen, dass rund ein Drittel der Kinder bereits mit deutlichen Sprachdefiziten in die Schule startet – ein strukturelles Problem, das Kitas und Schulen gleichermaßen fordert.

Es herrschte zudem Einigkeit, dass die immer noch viel zu ungleiche Verteilung von Bildungschancen angegangen werden muss. „Es muss darum gehen, dass Bildungserfolg weniger stark mit dem Elternhaus zusammenhängt, sondern mit individuellem Talent, mit Fleiß und mit Einsatz“, sagte Höne.

Auch deshalb ist beste Bildung schon im frühkindlichen Bereich für die Freien Demokraten von besonderer Bedeutung.



Foto: FDP-Landtagsfraktion NRW/Wolfram Bölte



Kriminalität in NRW bleibt erschreckend hoch

Innenminister Herbert Reul (CDU) hat die Polizeiliche Kriminalstatistik 2025 vorgestellt. Eine Trendwende im Kampf gegen Gewaltkriminalität ist daraus nicht ablesbar.

Bittere Realität ist, dass in NRW fast jede Woche ein Mensch durch Messergewalt stirbt. Der öffentliche Raum wird für Bürger immer mehr zur Gefahrenzone.

Besorgniserregende Entwicklungen sehen wir bei politischer Gewalt. Im Lagebild Linksextremismus wird deutlich, dass sich die Szene massiv radikalisiert. Beispiele sind Anschläge auf die Verkehrsinfrastruktur.

Größte Herausforderung bleibt jedoch der Islamismus. Sein Nährboden ist illegale Migration aus dem Orient und aus Afrika. Laut einer neuen Studie ist religiöser Extremismus für fast jeden zweiten jungen Muslim in Deutschland attraktiv.

Jahr für Jahr erleben wir eine Nettozuwanderung im Umfang einer deutschen Großstadt.



Dr. Martin Vincentz (AfD)

Unter Ministerpräsident Hendrik Wüst und seiner mittlerweile entlassenen Flüchtlingsministerin Josefine Paul zeigt sich wiederholt schweres Versagen in den Ausländerbehörden. Korruptionsfälle bei der Vergabe von Aufenthaltsgenehmigungen erschüttern das Vertrauen in einen funktionierenden Rechtsstaat.

Mit uns endet dieser Kontrollverlust. Die Verantwortlichkeiten für die Ausländerbehörden müssen zurück ins Innenministerium überführt werden. Eine AfD-geführte Landesregierung wird die illegale Migration beenden und so vermeidbare Gewalttaten erheblich reduzieren.



80 Jahre Nordrhein-Westfalen – So sehen Kinder ihre Heimat

27. Februar 2026 – Nordrhein-Westfalen feiert in diesem Jahr seinen 80. Geburtstag. Was macht das Bundesland für Kinder besonders? Was verbinden sie mit Nordrhein-Westfalen? Darum ging es beim Mal- und Bastelwettbewerb 2025/2026. Über den ersten Preis kann sich die Bees-Klasse 4b der Carolinenschule Bochum freuen. Die Plätze zwei bis vier belegen Grundschulen aus Duisburg, Nörvenich und Lünen.



Die Siegerarbeiten und 21 weitere wurden in einer Ausstellung gezeigt. Fotos: Schälte



Präsident André Kuper (v.l.) sowie die Abgeordneten Andrea Busche und Dr. Bastian Hartmann mit Schülerinnen und Schülern der Siegerklasse aus Bochum

Der Präsident des Landtags, André Kuper, zeichnete die Siegerklassen am 27. Februar 2026 im Plenarsaal aus. Rund 90 Schülerinnen und Schüler nahmen ihre Urkunden in Empfang. Der Präsident sagte: „Ich bin auch in diesem Jahr wieder begeistert von den zahlreichen kreativen und bunten Mal- und Bastelarbeiten, die die Viertklässlerinnen und Viertklässler eingesendet haben. Alle haben sich intensiv mit unserem Land und seiner Geschichte, aber auch mit seinen Besonderheiten auseinandergesetzt. Diese machen Nordrhein-Westfalen so liebens- und lebenswert. Der Wettbewerb ermöglicht uns, unsere Heimat durch die Augen der Kinder zu sehen. Und er zeigt uns ihre Wünsche für die Zukunft Nordrhein-Westfalens.“

Der Präsident eröffnete in Anwesenheit der Schülerinnen und Schüler zudem eine Ausstellung, in der bis Ende März neben den vier Siegerarbeiten 21 weitere von Klassen aus ganz Nordrhein-Westfalen zu sehen sind.

Fußball, Karneval und „Pommes-Schranke“

Mehr als 100 Grundschul- und Förderschulklassen hatten sich beteiligt. Die eingereichten Arbeiten waren ausgesprochen vielseitig – filigrane Zeichnungen waren dabei, aber auch große, detailreiche Bastelarbeiten. Viele Beiträge griffen typische Besonderheiten der Regionen Nordrhein-Westfalens auf, darunter Sehenswürdigkeiten, kulturelle Veranstaltungen und kulinarische Traditionen. Fußball, Karneval und „Pommes-Schranke“ (für Nicht-Ruhrgebietler: Pom-

mes frites mit Ketchup und Mayonnaise) durften dabei nicht fehlen. Gemeinsam mit Vizepräsidentin Berivan Aymaz sowie den Vizepräsidenten Rainer Schmeltzer und Christof Rasche hatte der Präsident die Siegerarbeiten ausgewählt.

Für die Siegerklasse, die Bees der Carolinenschule Bochum, gab es 1.000 Euro für die Klassenkasse. Die Kinder hatten sich in Gruppen verschiedene Jahrzehnte in Nordrhein-Westfalen vorgenommen. So fanden sie heraus, was damals das Leben der Menschen im Land geprägt hat – und setzten dies in ihrer Bastelarbeit um. Für die 2000er-Jahre bastelten sie beispielsweise einen Computer und für die 1950er einen Förderturm. Auf diese Weise haben die Kinder ein „kleines Nordrhein-Westfalen“ im Zeitraffer geschaffen.

Wissensspiel zu Nordrhein-Westfalen

Auf dem zweiten Platz (750 Euro) landete die Schildkrötenklasse 4b der KGS Grabenstraße Duisburg. Mit „NRWissen“ haben die Mädchen und Jungen ein Gesellschaftsspiel zum Thema „Nordrhein-Westfalen“ entwickelt. Das Spiel ist ähnlich wie der Klassiker „Monopoly“ aufgebaut und führt durch verschiedene Großstädte des Landes, darunter auch Duisburg. Auf den Kärtchen stehen Wissensfragen, die Spielfelder zeigen Sehenswürdigkeiten aus der Natur und den Städten. Die Kinder sagen über ihre Bastelarbeit: „Wir möchten zeigen, dass unsere Stadt viele schöne Seiten hat, die man entdecken kann.“

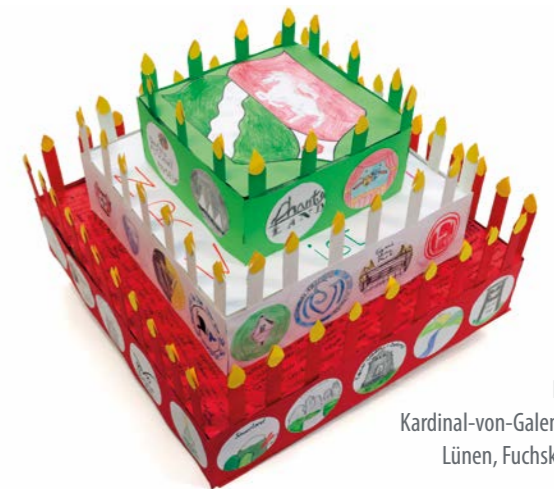
Den dritten Platz (250 Euro) belegte die Malarbeit der Eulenklasse 4b der GGS Albertus Magnus Nörvenich. Die Viertklässlerinnen und -klässler hatten zunächst die Orte in Nordrhein-Westfalen zusammengestellt, die sie bereits selbst besucht haben. Anschließend sprachen sie Informationen über die einzelnen Stationen und einen gemeinsamen Gruß ein. Die Aufnahmen können auf dem Gemeinschaftsbild über einen QR-Code abgerufen und angehört werden. Zudem hatten die Kinder die Flüsse des Landes dargestellt und kleine Papierboote mit ihren Namen gebastelt.

Die Fuchsklasse 4a der Kardinal-von-Galen-Schule Lünen kam auf den vierten Platz und erhielt 150 Euro für die Klassen-



Der Präsident im Gespräch mit den Schülerinnen und Schülern der Siegerklassen

kasse. Passend zum 80. Landesgeburtstag hatten die Kinder eine mehrstöckige Geburtstagstorte gebastelt – in den Landesfarben, mit 80 Kerzen und dem Wappen von Nordrhein-Westfalen. Bundesligavereine, aber auch Sehenswürdigkeiten wie die Externsteine oder der Aachener Dom sind an den Seiten der Torte zu sehen. „Besonders wichtig war uns die Botschaft, NRW ist bunt“, schreiben die Kinder über ihr Werk. *glu*



Platz 4: Kardinal-von-Galen-Schule Lünen, Fuchsklasse 4a



Platz 1: Carolinenschule Bochum, Klasse Bees 4b



Platz 2: KGS Grabenstraße Duisburg, Schildkrötenklasse 4b



Platz 3: GGS Albertus Magnus Nörvenich, Eulenklasse 4b

80 Jahre Nordrhein-Westfalen

Die Gründung Nordrhein-Westfalens ist den Briten zu verdanken. Die damalige Besatzungsmacht hatte am 23. August 1946 den nördlichen Teil der früheren preussischen Provinzen Rheinland und Westfalen durch die „Verordnung Nummer 46“ zum Bundesland Nordrhein-Westfalen zusammengeschlossen – und damit einen demokratischen Neuanfang nach dem Zweiten Weltkrieg ermöglicht. Sie nannte dies „Operation Marriage“ (Operation Hochzeit). Der Landesteil Lippe kam ein Jahr später hinzu.

Porträt: Dr. Werner Pfeil (FDP)

Wie kamen sie in die Politik? Wo liegen ihre politischen Schwerpunkte? Landtag Intern stellt in jeder Ausgabe Abgeordnete vor. Diesmal im Porträt: Dr. Werner Pfeil (FDP). Der Jurist ist Vorsitzender des Rechtsausschusses und war unter anderem Sprecher seiner Fraktion im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Hochwasserkatastrophe.

Die Bilder hat er heute noch vor Augen. Nach heftigem Dauerregen wurden Mitte Juli 2021 in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz Bäche und Flüsse zu reißenden Strömen. Die gewaltigen Wassermassen zerstörten Betriebe, Höfe und Werkstätten, ganze Fußgängerzonen und Straßenzüge. Allein in Nordrhein-Westfalen kamen 49 Menschen ums Leben.

Kanzlei in Stolberg

„Es war die erste Ferienwoche“, erinnert sich Dr. Werner Pfeil (60), der gemeinsam mit fünf weiteren Anwälten eine Kanzlei in Stolberg (Städteregion Aachen) betreibt. Nachmittags sei die Polizei durch die Straßen gefahren und habe die Menschen über Lautsprecher aufgefordert, die Innenstadt zu verlassen. Der Vichtbach trete über die Ufer. Das Hochwasser drohe, die Keller zu fluten. Wenig später die ersten Fotos bei Facebook. Sie zeigen, wie das Wasser durch die Rathausstraße rauscht. Dort befindet sich die Kanzlei.

Am nächsten Morgen sieht Pfeil, was das Hochwasser angerichtet hat. Die Fens-

ter im ebenerdigen Eingangsbereich der Kanzlei weggesprengt von Trümmern, die das Wasser mit sich gerissen hatte. Der Keller bis zur Decke unter Wasser, die erste Etage völlig verschlammt. Kein Licht, kein Strom. „Die Sanierung hat etwa ein Jahr gedauert“, sagt der Abgeordnete.

Der Landtag beschloss schnell, einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss (PUA) zur Aufarbeitung der Katastrophe einzusetzen. Die FDP-Fraktion hatte Pfeil als ihren Sprecher benannt, weil er zu den Betroffenen gehörte. Die Arbeit des PUA erstreckte sich über zwei Wahlperioden, Sitzungen dauerten auch schon mal bis 2 Uhr nachts.

Werner Pfeil ist Jurist. Ein Beruf, von dem er schon als Kind geträumt hat? Eher nicht. „Ich wollte einfach mal von zu Hause weg“, gesteht er. Da man in Aachen „fast alles außer Jura“ studieren konnte, entschied er sich für eben dieses Fach – und zog nach Trier. Offenbar eine gute Entscheidung: „Die Studienzeit gehört zu

den besten Zeiten meines Lebens.“ Als Student habe er sich dem Schwerpunkt „Europarecht“ gewidmet und später auch zum Thema promoviert. Zudem ist er Fachanwalt für Miet- und Wohnungseigentumsrecht sowie für Bau- und Architektenrecht.

Seine Eltern und auch die Großmütter hätten viel über Politik gesprochen, erinnerte sich Pfeil. Die Großväter habe er nicht kennengelernt, sie hätten den Zweiten Weltkrieg nicht überlebt. Vor allem beim gemeinsamen Abendessen sei Politik oft ein Thema gewesen: „Als Kind bekommt man das mit. Und irgendwann bildet man sich zu bestimmten Themen auch seine eigene Meinung.“

Politisch aktiv wurde er jedoch erst Jahre später, nach dem Studium. Die FDP im damaligen Aachener Kreistag habe sachkundige Bürger für Umweltthemen gesucht. Pfeil meldete sich. Es habe ihm so gut gefallen, dass er sich fortan auch parteipolitisch engagierte. Eine entscheidende Rolle habe dabei der damalige Außenminister und langjährige FDP-Bundesvorsitzende Hans-Dietrich Genscher gespielt, vor allem dessen Verdienste um die

Wiedervereinigung: „Was und wie er es gemacht hat, hat mich überzeugt, ebenso seine liberale Grundeinstellung.“

Im Landtag ist Pfeil unter anderem Vorsitzender des Rechtsausschusses. Eines der zentralen Themen aus seiner Sicht: die Ausbildung junger Juristinnen und Juristen. Die Zahl der Studierenden gehe zurück, der Beruf müsse daher attraktiver werden. Dass mehr Polizistinnen und Polizisten eingestellt werden, führe zwar zu mehr Erfolgen in der Ermittlungsarbeit: „Diese Erfolge können aber nicht abgearbeitet werden, weil die Stellenzahlen bei den Staatsanwaltschaften nicht mitangestiegen sind.“

Kulturerbe Karneval

Neben der Politik engagiert sich Werner Pfeil im rheinischen Karneval. Von 2010 bis 2022 war er Präsident des Aachener Karnevalsvereins, der jedes Jahr den „Orden wider den tierischen Ernst“ verleiht. Karneval, sagt er, sei Brauchtum und immaterielles Kulturerbe. Was ihn aber ärgere, sei die Berichterstattung im Fernsehen über Karnevalsveranstaltungen. Der Westdeutsche Rundfunk habe sie offenbar zurückgefahren. Pfeil hat dazu eine kleine Anfrage an die Landesregierung gestellt. Womit wir wieder bei der Politik wären. *zab*

Nachgefragt

Was ist Ihr Lieblingsbuch und warum?

„Der Prozess“ von Franz Kafka. Weil es sehr eindringlich ein System schildert, das man nicht versteht.

Welche Musik hören Sie gerne?

Alles außer Schlager.

Was haben Sie immer in Ihrem Kühlschrank vorrätig?

Joghurt.

Ihr liebstes Reiseziel?

Kein bestimmtes. Es gibt so viele schöne Orte. Ich freue mich auf das Unbekannte und darauf, Neues zu entdecken.

Foto: James Zabel

Zur Person

Dr. Werner Pfeil ist gebürtiger Stolberger. Er ist Vorsitzender des Rechtsausschusses und Sprecher seiner Fraktion im Ausschuss für Europa und Internationales sowie im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss V („Terroranschlag vom 23.08.2024“). Zudem war er Sprecher in zwei mittlerweile abgeschlossenen Parlamentarischen Untersuchungsausschüssen („Hochwasserkatastrophe“ und „OVG-Besetzung“). Pfeil hat an der Universität Trier Rechtswissenschaften studiert. 1996 erhielt er die Zulassung als Rechtsanwalt. 1998 folgte die Promotion. Seit 1999 ist er Mitglied der FDP. Von 2006 bis 2022 war er Vorsitzender des Kreisverbandes Aachen-Land und stellvertretender Vorsitzender des Bezirksverbandes Aachen, von 2014 bis 2022 Mitglied im Landesvorstand NRW. Abgeordneter des Landtags Nordrhein-Westfalen ist er seit Juni 2017.



Besuch aus Irland

Präsident André Kuper hat am 18. März 2026 die irische Gesundheitsministerin Jennifer Carroll MacNeill und die irische Botschafterin in Berlin, Maeve Collins, empfangen. Im Mittelpunkt des Austauschs standen die Zusammenarbeit im Gesundheitswesen und die Vertiefung der Beziehungen zwischen Nordrhein-Westfalen und Irland. Die Ministerin besuchte Deutschland anlässlich des irischen Nationalfeiertags. Nordrhein-Westfalen und Irland sind seit Jahren eng verbunden – in Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur. Insbesondere im Bereich der Gesundheitsforschung und der Pharmaindustrie bestehen zahlreiche Kooperationen zwischen Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen.



Präsident André Kuper mit der irischen Gesundheitsministerin Jennifer Carroll MacNeill
Foto: Schälte

Neue Ausgabe

Die nächste Ausgabe der Parlamentszeitschrift Landtag Intern erscheint am Dienstag, 12. Mai 2026. Sie ist ab Freitagnachmittag, 8. Mai 2026, online abrufbar unter www.landtag.nrw.de.

Gestorben

- 16.1. **Oda-Gerlind Gawlik (SPD/77)**
MdL 2000 – 2005
- 13.2. **Willi Wessel (SPD/89)**
MdL 1980 – 1990

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, André Kuper, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion (red): Wibke Busch (wib, V.i.S.d.P.), Michael Zabka (zab), Thomas Becker (tob), Dr. Nils Rücker (rüc), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion); Telefon (0211) 884-2472 (zab), 884-2442 (wib), (0211) 884-2304 (tob), (0211) 884-2293 (rüc), (0211) 884-2309 (bs), landtag-intern@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Matthias Kerkhoff (CDU), Ina Blumenthal (SPD), Jule Wenzel (Grüne), Marcel Hafke (FDP), Christian Loose (AfD), Pressesprecher/-innen: Dirk Michael Herrmann (CDU), Andreas Hahn (SPD), Arne Lieb (Grüne), Saskia Fröhlich (FDP), Enxhi Seli-Zacharias MdL (AfD).

Redaktionsschluss: Freitag, 20. März 2026, 13.30 Uhr
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten. Kürzungen oder Veränderungen der Beiträge sind nicht zulässig.

Die Beiträge aus den Rubriken „Aus den Fraktionen“ und „Standpunkte“ liegen in der alleinigen Verantwortung der jeweiligen Fraktion.

Ein Nachdruck der Beiträge aus den Rubriken „Aus den Fraktionen“ und „Standpunkte“ ist nur mit Zustimmung der jeweiligen Fraktionspressestelle und bei entsprechender Quellenangabe möglich.

Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Abgeordneten oder Wahlbewerberinnen und -bewerbern – insbesondere zum Zweck der Wahlwerbung – ist unzulässig.

Titelfoto: Adobe Stock/sorapop

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand: reha gmbh zur beruflichen und sozialen Teilhabe von Menschen mit Behinderung, Dudweilerstraße 72, 66111 Saarbrücken

Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

www.landtagintern.de





Nordrhein-Westfalen feiert in Münster 80. Geburtstag

Bitte im Kalender vormerken! Vom 28. bis 30. August 2026 feiert das Land Nordrhein-Westfalen seinen 80. Geburtstag. Der Nordrhein-Westfalen-Tag in Münster ist das offizielle Landesfest zum runden Geburtstag. In der gesamten Innenstadt wird es an drei Tagen insgesamt elf Themenmeilen geben unter anderem zu Klima, Sport und Tourismus. Auch der Landtag wird sich wieder mit einem umfassenden Angebot am Nordrhein-Westfalen-Tag beteiligen. Das Land war am 23. August 1946 von der damaligen britischen Militärregierung gegründet worden. Am 2. Oktober 1946 fand die konstituierende Sitzung des Landtags in Düsseldorf statt.

Foto: tauav/stock.adobe.com